

Dieter Faulenbach da Costa
Tulpenhofstr. 1

63067 Offenbach

Begründung für meinen Austritt aus der SPD (25.02.2013)

Nach 47 Jahren fällt es mir nicht leicht aus der SPD auszutreten, wurde ich doch nicht in die SPD hineingeboren.

SPD leidend ertragen

Ich habe mich mit Lust und manchmal auch Frust in der SPD sozialisiert. Ich habe die SPD ertragen. Manchmal hat mich auch die SPD ertragen. Die SPD kam meinen politischen Vorstellungen, von Solidarität, Freiheit und Brüderlichkeit, nahe. Gründe auszutreten gab es viele: Große Koalition 1966, Notstandsgesetzen, Einsatz der Bundeswehr, Asylkompromiss, entwicklungspolitischen Fragen, Weigerung eine neue Verfassung zur Volksabstimmung vorzulegen, etc.

Es hat mir Spaß gemacht die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Hessen e.V. (SKG Hessen) als Geschäftsführer zu gründen, zu organisieren und im gesamten Land zu etablieren. Ich habe dabei tiefe Einblicke in die Politik gewonnen. Ich war über 20 Jahre mit Lust ehrenamtlicher Kommunalpolitiker.

Mit Lust und Leid habe ich in 47 Jahren die SPD ertragen. Höhepunkte politischer Entwicklungen genossen. Frustriert, dass die SPD im Laufe der Jahre die politische Orientierung verloren hat. Die SPD ist nicht mehr links, nicht mehr rechts, sie mäandert orientierungslos durch die politische Landschaft.

Arbeitsplätze gegen Gesundheit?

Die Argumente der SPD für den Flughafen sind vordergründig. Die SPD stellt Arbeitsplätze über die Gesundheit. Die ist ethisch und moralisch verwerflich. Aufgabe von Politik muss die Zukunftsfähigkeit dieses Landes sein. Dabei darf die Frage nicht lauten: Arbeitsplätze oder Gesundheit? Die Antwort muss lauten: Arbeitsplätze und Gesundheit. Die Angebote der SPD schaffen diesen Ausgleich nicht.

Die Mediation und ihre Folgen!

Die Mediation war nie ergebnisoffen. Die Mediation hatte aber mehr als nur die Mediationsnacht (Nachtrand, Tagesrand, Wochenende, Verlagerung, Flughafen Hahn, etc.) gefordert. Das immer wieder zitierte „unauflösliche Paket“ wurde aufgelöst, bevor man es in Sachen Lärmschutz präzisiert und geschnürt hatte. Die Mediation erst hat den Ausbau möglich gemacht. Damit eignet sich die Mediation

nicht zur Problemlösung. Wer anderes verspricht, will den Menschen nur Sand in die Augen streuen.

Der Ausbau wurde politisch ermöglicht!

Man hat den Flughafenausbau politisch ermöglicht. Nun muss es auch politisch möglich sein dessen negativen Folgen des zu beseitigen. Die im 10-Punkteprogramm der Fluglärnkommision (FLK) aufgestellten Wahlprüfsteine kann jede Partei in ihr Wahlprogramm übernehmen. Sie sind unschädlich und verbessern nichts! In diesem 10-Punkte-Programm der FLK wird die Hilflosigkeit der Protagonisten wortreich verschleiert. Problemlösungen? Es geht nicht? Rechtlich nicht zulässig? Wird immer wieder betont. Was dann noch ist, wird nicht gesagt.

Dass ich heute hier mit Janine Wissler und Hermann Schaus sitze, hat damit zu tun, dass „Die Linke“ immer eine klare Position zum Flughafenausbau vertreten hat. Um erfolgreich politische Problemlösungen zu erhalten, muss „Die Linke“ gestärkt in den neuen Landtag einziehen. Sie wird dann das ständige Menetekel einer Landesregierungen sein, die den Flughafenausbau vorbehaltlos begrüßt. Ich werde „Die Linke“ im Landtagswahlkampf unterstützen.

Persönliche Konsequenzen

Fragen zur Verlärmung und zum Flughafenstandort werden von der SPD nicht beantwortet. Deshalb ist die SPD auf Landesebene für die Menschen in der Region nicht wählbar. Lokale Ausnahmen wie Peter Feldmann bestätigen die Regel. Es geht nicht um den noch entstehenden Lärm, es geht um den heutigen Lärm. Aktuelle Problemlösungen dazu werden von der SPD nicht angegangen. Wir brauchen keine „neue Mediation“. Wir brauchen politisches Wollen! Mögliche Konzeptionen zur Problemlösung werden von der SPD nicht akzeptiert. Mit untauglichen Mitteln will man den Lärmzuwachs verlangsamen. **Mit dieser Betonpolitik ist die SPD bei den Landtagswahlen nicht wählbar.** Bevor man mich wegen dieser Häresie aus der SPD ausschließt oder eine Rüge erteilt, erkläre ich heute meinen Austritt aus der SPD.